

CO₂-GESETZ

VORAUSSICHTLICH AM 13. JUNI 2021 WERDEN DIE SCHWEIZER STIMMBÜRGERINNEN UND STIMMBÜRGER ÜBER DAS NEUE CO₂-GESETZ BEFINDEN. DAS REFERENDUM GEGEN DAS GESETZ IST WIE ERWARTET DEUTLICH ZUSTANDE GEKOMMEN. NUN MACHEN SOWOHL GEGNER ALS AUCH BEFÜRWORDER MOBIL, UM DIESE WICHTIGE ABSTIMMUNG ZU GEWINNEN. EINE ABLEHNUNG DER VORLAGE WÜRDEN DEN KLIMASCHUTZ IN DER SCHWEIZ UM VIELE JAHRE ZURÜCKWERFEN.

HEISSER POLITISCHER KAMPF UM DEN KLIMASCHUTZ

||||| TEXT: PRESSEDIENST/BEAT KOHLER

Wegen der Klimakrise ist schon jetzt garantiert, dass uns ein heisser Frühling bevorsteht – zumindest politisch. Das eidgenössische Parlament hatte das neue CO₂-Gesetz im September 2020 nach drei Jahren Debatte verabschiedet. Am 12. Januar 2021 hat das Referendumskomitee, dem Vertreter der Erdöllobby wie Swissoil, der ACS und die Astag sowie die SVP angehören, über 110 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Damit ist der Abstimmungskampf lanciert und die Stimmbevölkerung wird das letzte Wort zum CO₂-Gesetz haben. Voraussichtlich am 13. Juni 2021 kommt es zur Abstimmung.

MOTIVIERTE GEGNER

Dass die Gegner doppelt so viele Unterschriften gesammelt haben, wie für das Referendum notwendig sind, zeige das grosse Unbehagen in der Bevölkerung gegenüber dem neuen CO₂-Gesetz, erklärt das Referendumskomitee. «Wir sind zusehends besorgt, dass die Stimmbevölkerung das CO₂-Gesetz an der Urne bachab schicken wird», gibt sich Kampagnenleiter Ueli Bamert kämpferisch. In der Argumentation der Gegner des CO₂-Gesetzes spielen die rasante Erwärmung der Atmosphäre und andere negative Auswirkungen der Klimakrise keine Rolle. Vielmehr

schüren die Gegner die Furcht vor mehr Bürokratie, mehr Verboten, mehr Vorschriften sowie neuen Steuern und Abgaben. Sie richten sich mit ihrer Botschaft an die Wirtschaft, an die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer und an die ländliche Bevölkerung. Das Komitee spricht beispielsweise von einem faktischen «Verbot von Öl- und Gasheizungen», und droht, dass Heizen massiv teurer werde und es «für viele keine finanziell oder technisch tragbaren Alternativen gibt». Dabei werden nur die Anschaffungskosten angeschaut, die Betrachtung der Kosten über die Lebenszeit aber wird aussen vor gelassen, denn in diesem Fall sind Öl- und Gasheizungen schon längst nicht mehr die günstigste Alternative. Zudem ist bei Investitionen in erneuerbare Heizsysteme die Wertschöpfung in der Schweiz massiv höher als bei fossilen Heizsystemen. Ein weiteres gewichtiges Argument der Gegner des CO₂-Gesetzes besagt, dass zuerst China und die USA als grösste Emittenten handeln müssten. Dies, obwohl Herr und Frau Schweizer pro Kopf und Jahr rund 14 Tonnen CO₂-Äquivalente ausstossen – bei einem weltweiten Durchschnitt von knapp 6 Tonnen. Und um das Ziel von einem Netto-Null-CO₂-Ausstoss zu erreichen, müssen alle ihren Ausstoss senken.

SEHR VIELE BEFÜRWORDER AUS

DER WIRTSCHAFT

Die Befürworter des CO₂-Gesetzes haben sich formiert, um den Aussagen des Referendumskomitees entgegenzutreten. So stehen grosse Teile der Schweizer Wirtschaft hinter dem neuen CO₂-Gesetz. Dazu gehören Verbände der Energie-, Strom- und Bauwirtschaft sowie die gewichtigen Branchenverbände der Finanz- sowie Versicherungswirtschaft, die Schweizerische Bankiervereinigung und der Schweizerische Versicherungsverband SVV; insgesamt machen sich rund 30 Wirtschaftsverbände für die Vorlage stark. Unter ihnen befinden sich Swisscleantech, Swissolar und Holzenergie Schweiz, aber auch Dachorganisationen wie die AEE Suisse. «Die Klimaproblematik verträgt keinen Aufschub», schreibt das Pro-Komitee «Schweizer Wirtschaft für das CO₂-Gesetz». Die Wirtschaft sei bereit, einen Beitrag zu einer CO₂-freundlichen Wirtschaft zu leisten. Das neue CO₂-Gesetz schaffe dafür verlässliche Rahmenbedingungen, Sorge für Planungssicherheit und schaffe Arbeitsplätze. «Die von den Gegnern aufgeführten vermeintlichen Kosten generieren bei genauer Betrachtung grossen Nutzen: Weniger Umweltschäden, mehr Arbeitsplätze und Innovation», schreibt das Wirtschaftskomitee. Nur wenn sich der Wandel zu einer CO₂-freundlichen Wirtschaft bewerkstelligen lasse, würden Schweizer Unternehmen auch in Zukunft hierzulande und weltweit eine prägende Rolle spielen.

Auch unter Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern gibt es klare Befürworter des neuen Gesetzes, beispielsweise der Verband Casafair. Seine Mitglieder orientieren sich an Prinzipien der Nachhaltigkeit. «Um innerhalb der nötigen Frist die Schweizer Klimaziele zu erreichen, braucht es rasch markante Veränderungen, gerade auch im Gebäudebereich», schreibt Casafair. Das CO₂-Gesetz setze richtigerweise auf Anreize und Förderun-

gen wie auch auf Grenzwerte und Abgaben. Der vorgesehene Mechanismus von Gebäude-Grenzwerten bezüglich der CO₂-Bilanz ist aus Sicht der Casafair das Herzstück des Gesetzes: «Hier muss objektspezifisch geprüft werden, was bei jedem einzelnen Objekt machbar und die passende zukunftsfähige Lösung ist.» Die notwendigen Investitionen im Gebäudebereich seien mit den vorgesehenen Förderbeiträgen und Erleichterungen finanzierbar und mittelfristig würden alle Bewohnerinnen und Bewohner dieser Liegenschaften profitieren – sowohl im selbstgenutzten Eigentum wie auch als Mieterschaft einer energiesanierten Liegenschaft. «Das Referendum will alle Klimabestrebungen um Jahre zurückwerfen, statt jetzt einen ersten Schritt in die richtige Richtung vorwärts zu kommen», so Casafair.

DIE WEICHEN RICHTUNG NETTO NULL STELLEN

Auch unter den NGO ist die Zustimmung gross. «Das neue CO₂-Gesetz ist ein solider erster Schritt hin zu mehr Klimaschutz und deshalb stehen wir dezidiert dahinter», sagt Thomas Vellacott, CEO des WWF Schweiz. «Das Gesetz schafft die Voraussetzung dafür, dass die Schweiz die Ziele des Pariser Klimaabkommens überhaupt anpeilen kann.» Das CO₂-Gesetz sei das wichtigste Instrument zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens, das die Schweiz 2015 unterschrieben hat. Sie hat sich damit international verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um die Hälfte zu reduzieren und bis 2050 auf Netto Null zu bringen. «Das CO₂-Gesetz stellt in allen Sektoren wichtige Weichen für den Klimaschutz und setzt den nötigen Rahmen für die zukünftige Schweizer Klimapolitik», so Vellacott. Mit der Flugticketabgabe, den Emissionsgrenzwerten für Gebäude, effizienteren Fahrzeugen und einem neuen Klimafonds enthalte das Gesetz einen aus-

gewogenen Mix an Lösungen für mehr Klimaschutz.

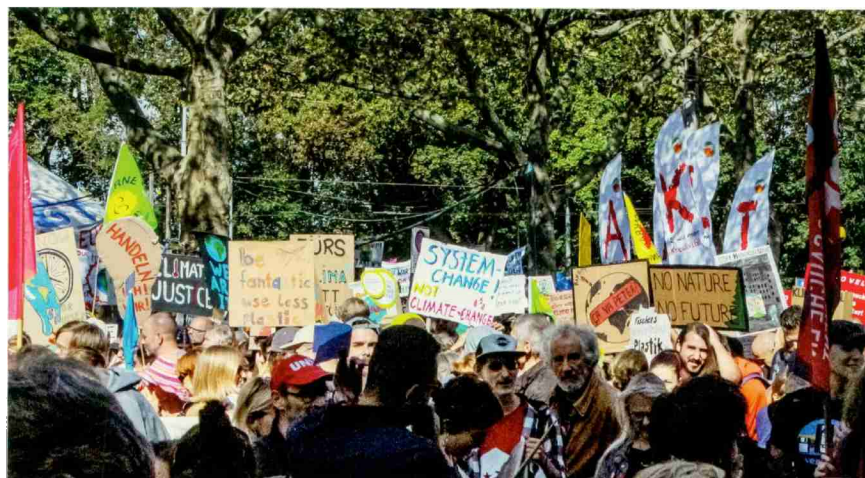
Detailliert geht die Schweizerische Energiestiftung auf die einzelnen Argumente der Gegner des CO₂-Gesetzes ein. So nehme die Schweiz heute keine umweltpolitische Vorbildrolle ein, wie dies vom Referendumskomitee behauptet wird. Laut Klimaschutz-Index belege die Schweiz in Europa den 16. Platz, gerade noch vor der Ukraine und hinter Lettland, schreibt die Energiestiftung. Es sei auch nicht so, dass Flugticketabgaben, Benzinpreiserhöhungen und ein Heizölverbot alle trafen: «Ein grosser Teil der Abgaben wird zurück verteilt», stellt die Energiestiftung klar. Die gesetzlichen Massnahmen seien berechtigt und fundiert und es sei höchste Zeit zu handeln. «Wohl kaum eine Krise in der Menschheitsgeschichte wurde gleichermassen ausführlich und breit analysiert, evaluiert, modelliert, berechnet, überprüft, diskutiert und debattiert», schreibt die Energiestiftung. Dennoch ist in den letzten drei Jahrzehnten kaum etwas passiert. An die Adresse der Klimastreikenden, die das Gesetz ablehnen, weil es ihnen zu wenig weit geht, schreibt die Energiestiftung: «Ein Nein zum CO₂-Gesetz sorgt keineswegs für eine weitergehende Klimapolitik. Im Gegenteil: Es bringt weitere Verzögerungen und das Risiko, ohne gesetzlichen Rahmen für den Klimaschutz da zu stehen.»

DER KLIMASCHUTZ BRAUCHT DIE ENERGIEWENDE

Die Klima-Allianz Schweiz steht klar hinter dem CO₂-Gesetz. Mit einer Porträtserie macht sie aktuell deutlich, wie sehr die rasante Klimaerwärmung bereits heute unser Leben prägt. Die SSES ist Teil der Klima-Allianz Schweiz und stellt sich ebenfalls vorbehaltlos hinter das neue Gesetz. Laut der SSES verzögere das Refe-

rendum unnötigerweise den dringend notwendigen Kampf gegen die Klimakrise. Massnahmen gegen die Erderwärmung dürften nicht weiter aufgeschoben werden. Dazu gehöre auch die rasche Umsetzung der Energiewende. Teil davon sei die Wärmewende, die mit den vorgesehenen Emissionsgrenzwerten für Gebäude vorangetrieben werden würde. Solarthermie und Photovoltaik könnten wesentlich dazu beitragen, die Emissionen von Gebäuden zu senken. «Das CO₂-Gesetz ist ein wichtiger und längst fälliger Schritt auf dem Weg hin zu einer CO₂-neutralen Schweiz», erklärt Carole Klopstein, Geschäftsführerin der SSES: «Wir brauchen dringender denn je eine Schweiz 100% erneuerbar, so wie es die SSES seit Jahrzehnten fordert.»

https://www.klima-allianz.ch/kampagnen/ja-zum-co2-gesetz/



Mit der Abstimmung über das CO₂-Gesetz geht der Kampf gegen die Klimakrise in die nächste Runde.